

# **Möglichkeiten und Grenzen gemeindlicher Wirtschaftsförderung**

**Rechtsgutachten von  
Dipl.-Volkswirt  
Dr. iur. Klaus Lange**

**Professor für  
Verwaltungslehre und öffentliches Recht  
am Fachbereich Rechtswissenschaften  
der Justus-Liebig-Universität Gießen**

**Deutscher Gemeindeverlag**

## INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorbemerkung	1
Erster Teil: Möglichkeiten und Grenzen gemeindlicher Wirtschaftsförderung im allgemeinen	3
§ 1 Ziele und Mittel gemeindlicher Wirtschaftsförderung in ökonomischer Sicht	5
I. Ziele gemeindlicher Wirtschaftsförderung	5
II. Mittel gemeindlicher Wirtschaftsförderung	9
1. Überblick	9
2. Wirksamkeit und praktische Anwendung einzelner Mittel gemeindlicher Wirtschaftsförderung	11
a) Information und Beratung sowie Erleichterung des Kontakts mit der Verwaltung	11
b) Finanzpolitische Instrumente	14
c) Rechtsverbindliche Erlaubnisse, Ver- bote und Gebote	23
§ 2 Die grundsätzliche Zulässigkeit gemeindlicher Wirt- schaftsförderung	25
I. Rechtsgrundlagen	25
II. Wirtschaftsförderung als öffentliche Aufgabe	26
III. Wirtschaftsförderung als Angelegenheit der ört- lichen Gemeinschaft	30
1. Maßgeblichkeit der Angelegenheiten der ört- lichen Gemeinschaft	30

2. Die Zugehörigkeit gemeindlicher Wirtschaftsförderung zu den Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft	33
a) Der räumliche Bezug gemeindlicher Wirtschaftsförderung	33
b) Historische Auslegung der Garantie gemeindlicher Selbstverwaltung	34
c) Teleologische Auslegung der Garantie gemeindlicher Selbstverwaltung	36
d) Systematische Auslegung der Garantie gemeindlicher Selbstverwaltung	38
IV. Abgrenzungsprobleme	41
§ 3 Rechtliche Schranken gemeindlicher Wirtschaftsförderung	45
I. Die Beschränkung auf den gemeindlichen Aufgabenkreis	45
1. Dem Staat vorbehaltene Förderungsmittel	45
2. Gemeindlicher Vermögenserwerb	45
3. Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen	46
4. Investitionsförderungsmaßnahmen	48
II. Vorbehalt des Gesetzes	48
III. Eigenständigkeit des marktwirtschaftlichen Wettbewerbssystems	52
1. Zur normativen Bedeutung der marktwirtschaftlichen Ordnung	52
2. Maßgeblichkeit der Schranken gemeindlicher Wirtschaftstätigkeit	53

IV.	Erhaltung des Gemeindevermögens und geordnete gemeindliche Haushaltswirtschaft	57
	1. Erhaltung des Gemeindevermögens	57
	2. Grundsatz der Aufgabensicherung	62
	3. Sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung	62
	a) Interpretation insbesondere des Wirt- schaftlichkeitsgrundsatzes	62
	b) Einzelprobleme sparsamer und wirtschaft- licher Haushaltsführung	66
	c) Sonderregelungen für die Vergabe öffent- licher Aufträge	71
V.	Europäisches Gemeinschaftsrecht	76
	1. Der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)	76
	2. Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)	76
VI.	Sonstige Schranken gemeindlicher Wirtschafts- förderung	79
	1. Raumordnung und Landesplanung	79
	2. Gesetzliche Vorgaben bei rechtsverbind- lichen Erlaubnissen, Verboten und Geboten	80
	a) Die Rechtslage im allgemeinen	80
	b) Ausnahmen	81
	c) Befreiungen	82
	3. Abgaben und privatrechtliche Entgelte	86
	a) Bemessung von Abgaben und privatrechtlichen Entgelten	86
	b) Erlaß und Stundung geschuldeter Abgaben und privatrechtlicher Entgelte	90

Zweiter Teil: Das Verhältnis zwischen gemeindlicher und staatlicher regionaler Wirtschaftsförderung im besonderen	95
§ 4 Staatliche regionale Wirtschaftsförderung	97
I. Wirtschaftsförderung durch Bund und Länder im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"	97
II. Wirtschaftsförderung durch den Bund	99
1. Förderung nach dem Investitionszulagengesetz	99
2. Förderung nach dem Zonenrandförderungsgesetz	101
3. Förderung durch ERP-Programme	102
III. Wirtschaftsförderung durch die Länder am Beispiel Nordrhein-Westfalens	103
§ 5 Das gegenwärtige Verhältnis zwischen gemeindlicher und staatlicher regionaler Wirtschaftsförderung	105
I. Ökonomische Zielkonflikte	105
II. Die rechtliche Konfliktlösung de lege lata	109
1. Der Vorbehalt des Gesetzes für staatliche Einschränkungen gemeindlicher Selbstverwaltung	109
2. Die rechtlichen Regelungen staatlicher regionaler Wirtschaftsförderung als Einschränkungen gemeindlicher Selbstverwaltung	110
a) Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"	110
b) Investitionszulagengesetz	114
c) Zonenrandförderungsgesetz	115
d) ERP-Programme und Wirtschaftsförderungsrichtlinien des Landes	115

3. Gemeindliche Pflicht zu staatsfreundlichem Verhalten	115
a) Die These	115
b) Begründungsversuche und ihre Mängel im allgemeinen	116
c) Unergiebigkeit der These von der gemeindlichen Pflicht zu staatsfreundlichem Verhalten für die gemeindliche Wirtschaftsförderung im besonderen	120
§ 6 Einschränkung gemeindlicher zugunsten staatlicher regionaler Wirtschaftsförderung de lege ferenda	122
I. Das Übermaßverbot als Grenze staatlicher Einschränkungen gemeindlicher Selbstverwaltung	123
II. Die Zulässigkeit staatlicher Einschränkungen gemeindlicher Wirtschaftsförderung im einzelnen	124
1. Einschränkung der gemeindlichen Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten, die von der staatlichen regionalen Wirtschaftsförderung überhaupt nicht erfaßt werden	124
2. Einschränkung sonstiger gemeindlicher Wirtschaftsförderung in staatlichen Fördergebieten	134
3. Einschränkung sonstiger gemeindlicher Wirtschaftsförderung in staatlichen Nichtfördergebieten	141
a) Differenzierung nach Mitteln gemeindlicher Wirtschaftsförderung	141
b) Die Geeignetheit einer Einschränkung gemeindlicher Wirtschaftsförderungssubventionen in staatlichen Nichtfördergebieten	143
c) Die Erforderlichkeit einer Einschränkung gemeindlicher Wirtschaftsförderungssubventionen in staatlichen Nichtfördergebieten	148
d) Die Verhältnismäßigkeit (i.e.S.) einer Einschränkung gemeindlicher Wirtschaftsförderungssubventionen in staatlichen Nichtfördergebieten	150
e) Die Notwendigkeit eines Ausgleichs staatlicher und gemeindlicher Belange	160
f) Die Lage im Falle künftiger neuer Entwicklungen	164
Ergebnisse	168
Literaturverzeichnis	185